

Legalistischer Islamismus

In den vergangenen Jahrzehnten standen verschiedene Begriffe in Bezug auf den radikalen Islam bei öffentlichen Diskussionen im Fokus, vor allem „Dschihadismus“, „Salafismus“, „islamischer Fundamentalismus“, „Islamismus“ und „politischer Islam“. Die Gefahr, dass viele Anhänger dieser Strömungen auch im Westen leben und systematisch ihre Wertevorstellungen verbreiten, wurde vielerorts bewusst. Nun erfährt eine neue Bewegung, der „legalistische Islam“, immer mehr Zulauf. Sicherheitsbehörden warnen, dass diese zwar gewaltfrei sei, aber versuche, seine antidemokratischen Wertvorstellungen politisch durchzusetzen.

Was ist legalistischer Islamismus (nicht)?

Islamische Gruppierungen, die ihre Ziele ohne den Einsatz von Gewalt, sondern mit langfristigen und legalen Mitteln erreichen wollen, werden „legalistisch“ genannt. Sie nutzen die legalen Möglichkeiten einer liberalen Demokratie, um diese langfristig abzuschaffen. Ihre Strategie basiert auf der Gründung von Vereinen, Bildungseinrichtungen und Verbänden. Zudem betreiben sie eine moderne und professionelle Medienarbeit. Ihre Profile in den sozialen Medien haben oft eine grosse Reichweite und sind sogar erfolgreicher als die Kanäle der Salafisten. Ziel ist es, islamische Werte politisch durchzusetzen. Dabei versuchen sie, heikle und sensible gesellschaftliche Themen, wie die staatliche Imam-Ausbildung oder den islamischen Religionsunterricht, zu beeinflussen und sich dem Staat als Ansprechpartner für die Belange von Muslimen anzubieten.

Entsprechend nehmen in den Schulen Diskussion darüber, dass der Schwimm- und Sportunterricht geschlechtergetrennt durchgeführt werden soll, zu. Auch das Essen soll nur noch „halal“ („rein“) ausgerichtet sein, wodurch Schweinefleisch peu à peu von den Speiseplänen vieler Schulen, Kindergärten und Kitas verschwindet. Dabei wird oft für eine Achtung der „religiösen Besonderheiten“ geworben. „Einige Kinder dürfen kein Schweinefleisch essen. Damit diese Kinder sich am Mittagstisch nicht ausgeschlossen fühlen müssen, verzichten wir beim Kochen auf Schweinefleisch,“ steht z.B. auf der Internetseite der Kinderkrippen Bambi in Zürich. Auch die Kita Kiids aus Reichenburg schreibt: „Bei den Menüs wird auf Kinderfreundlichkeit, Saisonalität und Vielfältigkeit geachtet. Wir kochen in der Kita Kiids ohne Schweinefleisch.“ Damit wird die gesamte Gesellschaft Schritt für Schritt mit islamischen Normen durchdrungen.

Welche Gruppierungen zählen zum legalistischem Islamismus?

Im deutschen Verfassungsschutzbericht des Jahres 2020 heisst es zu den Organisationen des legalistischen Islamismus: „Sie verfolgen ihre jeweiligen Ziele – in der Regel eine langfristige Veränderung (...) Zu ihnen zählen beispielsweise die der ‚Muslimbruderschaft‘ (MB) nahestehenden Organisationen, schiitische Vereine wie das ‚Islamische Zentrum Hamburg e.V.‘ (IZH), unterschiedliche Gruppierungen der ‚Millî Görüş‘-Bewegung sowie die ‚Furkan Gemeinschaft‘“. Zudem kann „Realität Islam“ zu ihnen gezählt werden, eine Initiative (gegr. 2015), die ihren Sitz in Hessen hat. Ebenso „Generation Islam“ (gegr. 2014) und „Muslim Interaktiv“ (gegr. 2020). „Generation Islam“ initiierte zusammen mit „Realität Islam“ 2018 die bekannte Onlinekampagne #NichtohnemeinKopftuch, die 170'000 Unterschriften erwirken konnte. Über solche Aktionen werden zahlreiche Anhänger mobilisiert. So spielt der Onlinebereich auf YouTube, Facebook, Twitter und Instagram eine zentrale Rolle für die Rekrutierung von Anhängern für die beworbenen Aktivitäten. An der Spitze steht hier mit Abstand „Realität Islam“, die auf YouTube ca. 18'500

Abonnenten hat und über 1,4 Millionen Aufrufe ihrer Videos. Mehr als 38'559 der Nutzer haben die Facebook-Seite der Organisation geliked. Sie ist aus Sicht der Verfassungsschützer demokratiefeindlich.

Die Muslimbruderschaft in Europa

Die Muslimbruderschaft bleibt eine der gefährlichsten islamischen Organisationen des legalistischen Islamismus. Ihr Ziel ist die Errichtung eines politischen und gesellschaftlichen Systems auf Grundlage der Scharia. Ein säkularer Staat wird laut dem Leitspruch „Allah ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Jihad ist unser Weg. Der Tod für Gott ist unser Wunsch“ ausdrücklich abgelehnt. Auch in Europa ist die Muslimbruderschaft mit einer Vielzahl von Organisationen vertreten, wie z.B. der „Föderation der Islamischen Organisationen in Europa“ (FIOE) mit Sitz in Brüssel und dem „Europäischen Fatwa Rat“ (ECFR) mit Sitz in Dublin. Aktuell zeigt sich an einem Beispiel aus der Schweiz, wie die Muslimbruderschaft toleriert wird. Das islamische Zentrum von Genf (CIG) unter der Leitung des umstrittenen Hani Ramadan wird mit dem Segen des Kantons Genf vergrössert. Die 300 m2 grossen Räumlichkeiten der Moschee werden zugunsten eines 900 m2 grossen Gebäudes ersetzt. Hani Ramadan ist der Enkel von Hassan al-Banna, dem Gründer der ägyptischen Muslimbruderschaft. Ramadans Äusserungen über die Scharia sorgten mehrmals in der Schweiz und Frankreich für Schlagzeilen. Ein kurzer Blick auf seine Facebook-Seite reicht, um seine Nähe zur Muslimbruderschaft festzustellen. Sein Profilfoto ist das „R4bia“ Emblem – eine schwarze Hand mit vier ausgestreckten Fingern. Seit der Staatskrise in Ägypten 2013 ist sie ein Symbol für die Demonstrationen auf dem Rabaa al-Adawiya Platz in Kairo. Nach der Übernahme der Staatsgewalt durch das Militär unter Präsident Abdel Fattah al-Sisi im Juli 2013 wurde die Muslimbruderschaft in Ägypten verboten und als Terrororganisation eingestuft.

Demokratie beschädigen

Legalistische Islamisten verfolgen eine Doppelstrategie. Repräsentanten dieser Organisationen zeigen sich in der Öffentlichkeit tolerant, offen und dialogbereit, um mittels Lobbyarbeit Einfluss auf Politik und Gesellschaft zu schaffen. „Wir gehen davon aus, dass dieser legalistische Islamismus gefährlicher als Salafismus oder gewaltbereiter Extremismus ist“, erklärte Burkhard Freier, damaliger Leiter des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen, gegenüber dem SWR im August 2021. Legalistische Islamisten versuchen Freier zufolge, in die Gesellschaft einzusickern und Politik und Gesellschaft für sich zu vereinnahmen und zu beeinflussen: „Und dadurch können sie langfristig unsere Demokratie nicht nur tangieren, sondern auch schwer beschädigen.“

In diesem Zusammenhang betonte der italienische Islamismusforscher Lorenzo Vidino gegenüber der Frankfurter Allgemeine Zeitung im Februar 2021, dass er den „legalistischen Islamismus“ sogar für gefährlicher als den Dschihadismus oder Salafismus hält, „weil er ein Projekt der langfristigen gesellschaftlichen Umgestaltung verfolgt“. Dabei würden dessen Vertreter immer wieder vermitteln: „Wir sind anders, wir gehören nicht wirklich in diese Gesellschaft, wir haben andere Werte.“ Diese Botschaft sei hochgradig spaltend, so Vidino. Hinzu komme ein Opfernarrativ, das einen fruchtbaren Boden für die Rekrutierung durch radikale, militante Gruppen schaffe. Zudem agieren linksliberale Kreise kontraproduktiv, indem sie Muslime für eine unterdrückte Minderheit halten, die man in Schutz nehmen solle. So versuchen sie mit Begriffen wie „Islamophobie“ und „antimuslimischer Rassismus“ eine offene gesellschaftliche Diskussion über den legalistischen Islamismus zu vermeiden. Will man die von Vidino analysierte Umgestaltung der Gesellschaft aufhalten, ist es also dringend nötig, dass diese öffentliche Debatte über den legalistischen Islam endlich geführt wird.

Mehr Infos zum Thema Islam oder Nachbestellung des Infoblattes:

Zukunft CH
Zürcherstrasse 123
CH-8406 Winterthur

Tel. +41 (0) 52 268 65 00
Fax +41 (0) 52 268 65 09
E-Mail: info@zukunft-ch.ch
www.zukunft-ch.ch